

Buchbinder-Zeitung

Organ des Verbandes der Buchbinder und Papierverarbeiter

Nummer 12

Erscheint Sonntags. Bezugspreis vierteljährlich 1,50 Mk. ohne Postbefreiung. Nur Postbezug. Bestellungen bei allen Postämtern. Geschäftsstelle Berlin S. 59, Urbanstr. 631. Fernruf: Moripl. 56'3.

Berlin, den 20. März 1921

Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Zeilenzeile 3 Mark; für Verbandsmitglieder 2 Mark; Stellenangebote 2 Mark; Verfallungsanzeigen usw. 1 Mark. Der Anzeigenpreis ist vorher zu entrichten.

37. Jahrgang

Zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Arbeitslosenstatistik.

Der Arbeitsmarkt im Februar zeigt fast dasselbe Bild wie im Vormonat. In beiden Monaten betrug die Zahl der Arbeitslosen und Verkürzarten zusammen rund 13 Proz. Im Januar war die absolute Zahl derselben 10 213, im Februar dagegen 10 379. Nur die männlichen Arbeitslosen sind von 1508 = 6,3 Proz. auf 1318 = 5,5 Proz. zurückgegangen, während sie bei den weiblichen mit 1779 Arbeitslosen fast die gleiche blieb. Die Berichterstattung selbst war eine bessere wie im Januar. Von den 195 Verwaltungsstellen unseres Verbandes haben 191 mit 80 410 Mitgliedern berichtet, während 4 Zahlstellen*) mit 463 Mitgliedern keine Berichtsarten eingekandt hatten. Es waren dies: Köslin, Hirschberg, Osnabrück und Birnasens.

Ein Vergleich über den Umfang der Arbeitslosigkeit in den Vormonaten und in den gleichen Monaten der letzten drei Jahre ergibt folgendes Bild:

Monat	Arbeitslose Mitglieder am jeweiligen Stichtag (am Ort und auf der Stelle befindlich)			Arbeitslose auf je 100 Mitglieder						
	m.	w.	auf.	1920			1919			1918
				m.	w.	auf.	m.	w.	auf.	
1920										
Februar	453	267	720	1,9	0,5	0,9	9,1	1,4		
März	295	251	546	1,5	0,5	0,6	6,6	1,4		
April	465	418	883	1,9	0,7	1,1	5,7	1,4		
Mai	657	759	1416	2,5	1,3	1,7	4,7	1,1		
Juni	998	1481	2474	3,2	2,4	2,8	3,6	1,1		
Juli	1847	2577	4424	7,4	4,2	5,2	3,4	0,9		
August	2116	3065	5180	8,3	4,9	5,9	3,0	0,9		
September	2010	2829	4839	8,5	4,9	5,8	2,7	1,0		
Oktober	1409	2439	3988	6,3	4,4	5,0	2,2	0,8		
November	1983	1777	3160	5,7	3,1	3,9	1,5	2,7		
Dezember	1468	1998	2866	6,1	2,5	3,6	1,5	6,5		
1921										
Januar**)	1508	1741	3249	6,3	3,2	4,1	1,4	13,0		
Februar	1318	1779	3097	5,5	3,1	4,0	0,9	9,1		

Die Zahl der Kurzarbeiter ist bei den weiblichen um 447 gestiegen, während sie bei den männlichen um 62 zurückgegangen ist. Und zwar arbeiteten im Februar wöchentlich verkürzt um:

1—8 Stund. in 64 Betr. m.	643 m. u.	998 w. Betr.
9—16	63	513
17—24	96	1278
25 u mehr	84	819

Insgesamt . . . 257 Betr. m. 2762 m. u. 4380 w. Betr.

*) Von Halle, Erfurt, Bunzlau, Königsberg, Ostermied, Arnstadt, Weihenstephan, Reheim, Saarlouis, Trier, Ebersbach-Rgd., Freiberg i. S., Regensburg, Altenburg und Zwickau gingen die Berichtsarten so spät ein, daß sie bei der amtlichen Berichterstattung nicht mehr mit aufgenommen werden konnten.

**) Berichtigt auf Grund verspätet eingegangener Meldungen.

Insgesamt arbeiteten verkürzt im:

Monat	Orte	Betriebe	männl.	weibl.	zusammen
1920					
Mai	50	129	938	2 601	3 537
Juni	93	650	4 158	11 675	15 833
September	91	533	3 891	10 143	14 034
Oktober	55	436	3 759	8 576	12 335
November	50	288	2 110	5 020	7 130
Dezember	54	343	2 841	5 784	8 625
1921					
Januar*)	55	298	2 815	4 083	6 898
Februar	56	257	2 752	4 580	7 232 mk.

Der Internationale Gewerkschaftsbund zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Der Vorstand des Internationalen Gewerkschaftsbundes hat an die angeschlossenen Organisationen folgendes Rundschreiben erlassen:

Werte Genossen!

Die gewerkschaftliche Internationale kann sich gegenüber der in allen Ländern zutage tretenden enormen industriellen Krise nicht gleichgültig verhalten.

Alle an die angeschlossenen Organisationen eintreffenden Nachrichten sowie die Meldungen in der Presse zeigen, daß die Arbeitslosigkeit immer größere Dimensionen annimmt. In allen Zweigen der Produktion gehen die Unternehmer zur Schließung von Fabriken und Werkstätten über oder lassen kürzere Zeit arbeiten. Von überall kommen Nachrichten, daß man die Arbeiter zu zwingen versucht, sich eine Herabsetzung der Löhne gefallen zu lassen.

Das Bureau der gewerkschaftlichen Internationale hat hierzu Stellung genommen; es kann die Argumente der Unternehmer, die eine Einschränkung der Produktion für nötig erklärten, nicht gelten lassen. Es stellt fest, daß vor wenigen Monaten noch die Unternehmer erklärten, daß die Produktion vermehrt werden müsse und sich gerade auf diesen Standpunkt beriefen, um damit die Arbeiterforderungen zu bekämpfen.

Es ist unmöglich, zu behaupten, es wäre zu viel produziert, während infolge des Krieges die entsetzliche Verarmung in der Welt herrscht, die meisten Länder vom Elend heimgesucht und die Ruinen noch nicht aufgebaut sind.

Man kann nicht sagen, die Lebensmittelproduktion weise ein Uebermaß auf, während Hunderttausende von Arbeiterfamilien nicht genug haben, um leben zu können.

Es ist unerhört, daß in Amerika, in England, in Frankreich und Deutschland Spinnereien stillstehen, während Millionen Frauen und Kinder ohne Klei-

*) Berichtigt auf Grund verspätet eingegangener Meldungen.

dung sind. Es ist eine Schmach, daß enorme Mengen von Baumwolle vernichtet werden konnten, daß große Vorräte von Wolle unbenutzt liegen bleiben, die Fabriken unter Rohstoffmangel leiden, während es in den meisten Haushalten mehr als je an Wäsche fehlt.

Ein derartiger, durch den Egoismus der kapitalistischen Unternehmer hervorgerufener Zustand, die ohne Rücksicht auf das Allgemeinwohl nur ihre persönlichen Interessen im Auge haben, bedeutet an sich eine Verurteilung des Systems, das derartige Mißbräuche möglich macht.

Die Annahme der Unternehmer, diese Krise auszunutzen, um die Löhne herabzusetzen, ist eine unverhüllte Drohung gegenüber den Arbeitern. Sie kann nur dazu führen, das Elend zu vermehren und die Krise zu verschärfen. Denn wenn die Unternehmer sich über den mangelnden Abfah ihrer Vorräte beklagen, so vergessen sie dabei, daß es die gegenwärtigen Existenzbedingungen sind, die die Arbeiter zwingen, ihre Einkäufe zu beschränken.

Die Arbeiterorganisationen müssen dieses Vorgehen mit allen Mitteln bekämpfen und in den immer mehr anschwellenden Massen der Arbeitslosen den Kampfgeist und den Kampfwillen im Sinne der auf dem Londoner Gewerkschaftskongreß formulierten Forderungen entwickeln.

Die industrielle Krise ist über die ganze Welt verbreitet; eine Abhilfe kann nur eine internationale Aktion bringen. Es kann in der gegenwärtigen Lage der verschiedenen Länder für eine Arbeitslosigkeit kein Anlaß mehr sein, wenn die Regierungen den durch die Valutadifferenzen verursachten Problemen eine Lösung im Sinne der von den Arbeitern formulierten Forderungen geben, die die verarmten Nationen instand setzen würde, die für die Befriedigung der dringendsten Bedürfnisse der Individuen wie der Industrie nötigen Anschaffungen vorzunehmen, während sie den günstiger gestellten Nationen die Möglichkeit bieten würde, ihre Waren abzusetzen.

Das Bureau der gewerkschaftlichen Internationale macht die Arbeiterorganisationen aller Länder nochmals darauf aufmerksam, daß das Anwachsen des nationalen Reichtums die Verelendung der Arbeiter zur Folge haben kann und fordert sie daher auf, die Politik des wirtschaftlichen und finanziellen Imperialismus, dessen Wirkungen sich gegen die Arbeiter lehnen, zu bekämpfen.

Das Bureau ersucht die internationalen Zentralen dringendst, die internationale Verteilung der Rohstoffe zu fordern. Es ist unzulässig, daß zum Beispiel in gewissen Ländern Kohlenmangel herrscht, während in England, im Saargebiet und selbst in Frankreich die Kohlenproduktion teilweise stillgelegt wurde oder eine Stilllegung bevorsteht, weil sich die Kohlen in den Schächten stauen.

Das Bureau ruft die Zentralen auf, die systematische Propaganda für die Sozialisierung der Pro-

duktionsmittel im Sinne der Londoner Beschlüsse fortzusetzen und noch zu verstärken. Wenn die Produktion nicht mehr dem Nutzen einzelner dienen, sondern ausschließlich zugunsten der Gesamtheit funktionieren wird, wird von einer Verminderung der Produktion oder einer erzwungenen Arbeitslosigkeit nicht mehr die Rede sein können.

Das Bureau fordert das organisierte Proletariat der verschiedenen Länder auf, die Manöver, die unter der Androhung der Schließung der Fabriken und unter Ausnutzung des Glucks auf eine Herabsetzung der Löhne abzielen, mit einer energischen Propaganda zu beantworten und dieser die größtmögliche Ausdehnung zu sichern.

Es ist weiter Pflicht des Bureaus, die Bundeszentralen auf die Notwendigkeit zu verweisen, mit allen Mitteln eine Krise zu bekämpfen, die der Weltreaktion alle Waffen gegen die Arbeiter und ihre Organisationen in die Hand gibt.

Indem wir Sie ersuchen, die gewerkschaftliche Internationale von Ihrem im Hinblick auf dieses Schreiben genommenen Maßnahmen auf dem laufenden zu halten, verbleiben wir

mit brüderlichen Grüßen

Das Bureau des Internationalen Gewerkschaftsbundes.

Forderungen der deutschen Gewerkschaften zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, der mit den maßgebenden Stellen im Reich in den letzten Wochen wiederholt über eine Abhilfe der großen Arbeitslosennot in Deutschland verhandelt hat, veröffentlicht jetzt die nachstehenden formulierten Forderungen, die er an die Reichsregierung gestellt hat. Der größte Teil dieser Forderungen war schon Gegenstand der erwähnten seitherigen Verhandlungen, deren Verlauf zu der Hoffnung berechtiget, daß sie nach Möglichkeit Berücksichtigung finden werden, weil auch die Regierung sich des Ernstes der Lage bewußt zu sein scheint. Das Schreiben des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes an die Reichsregierung, worin er seine Forderungen zusammengestellt nochmals unterbreitet hat, datiert vom 26. Februar und hat folgenden Wortlaut:

„Die große und andauernd steigende Arbeitslosigkeit in Deutschland, deren zerstörende moralische und volkswirtschaftliche Folgen immer verhängnisvoller werden, erfordert dringend außerordentliche Maßnahmen. Der seitherige Weg, die Erwerbslosen durch Gewährung laufender Unterstützung aus öffentlichen Mitteln notdürftig über Wasser zu halten, kann wegen der völlig ungenügenden Höhe der Unterstützungen, die trotzdem in ihrer Gesamtsumme eine starke Belastung der Finanzen des Reiches und der Länder darstellen, nicht als Ausweg aus dieser unheilvollen Krise angesehen werden. Denn dieser Weg hat das Anwachsen der Arbeitslosenziffern nicht verhindert und auch die Arbeitslosen vor dem Verfallen in immer größeres Elend nicht bewahrt.

Mit Recht verlangen die Erwerbslosen Arbeit und ausreichenden Verdienst anstatt der Unterstützung, die auch bei weiterer Erhöhung doch immer unzureichend bleibt. Aber auch aus volkswirtschaftlichen Gründen ist es nicht zu rechtfertigen, noch länger an der unproduktiven Verwendung der großen Summen für Erwerbslosenunterstützung festzuhalten. Es muß vielmehr über den Rahmen der seitherigen Maßnahmen betreffend die sog. produktive Erwerbslosenfürsorge hinaus gefordert werden, daß möglichst für alle Arbeitslosen auf schnellstem Wege Arbeitsmöglichkeiten geschaffen werden. Da dies der privaten Initiative bisher nicht gelungen ist und auch in absehbarer Zeit nicht gelingen wird, ist ein sofortiges Eingreifen des Reiches, der Länder und der Gemeinden eine dringende Notwendigkeit.

Aus diesen Erwägungen erhebt der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund folgende

Forderungen:

1. Sofortige Inangriffnahme öffentlicher Arbeiten in weitestem Umfange. In erster Linie sind die für die öffentlichen Verkehrsbetriebe erforderlichen Erneuerungsarbeiten ohne jeden Verzug in Auftrag zu geben. Die Mittel für weitere öffentliche Arbeiten sind schleunigst bereitzustellen.

2. Bei der Vergebung dieser Aufträge sind die von der größten Arbeitslosigkeit betroffenen Bezirke in erster Linie zu berücksichtigen. Den Unternehmern ist die Verpflichtung aufzuerlegen, entsprechend der Größe des jeweiligen Auftrages Arbeitslose einzustellen. Zu diesem Zweck ist, soweit dies technisch durchführbar ist, eine verkürzte Arbeitszeit einzuführen oder diese beizubehalten, soweit sie bereits besteht. Wo durch Schichtwechsel mit verkürzter Arbeitszeit die doppelte Arbeiterzahl beschäftigt werden kann, ist eine solche Bedingung bei Uebertragung öffentlicher Aufträge vorzuschreiben.

3. Soweit die vorhandenen Betriebe einzelner Industriezweige nicht ausreichen, bestimmte Arten der verfügbaren Aufträge allein auszuführen, ist zum Zweck der Unterbringung der Arbeitslosen ein entsprechender Teil dieser Aufträge an geeignete andere Betriebe zu vergeben. Nötigenfalls ist die Umstellung von Betrieben zur Herstellung dieser Arbeiten sofort zu veranlassen.

4. Alle Arbeitsaufträge der öffentlichen Verwaltungen des Reiches, der Länder und der Gemeinden sind als Kostbandsarbeiten zu erklären, bei denen der Unternehmergewinn auf ein den Verhältnissen angemessenes Höchstmaß zu begrenzen ist. Den Arbeitern sind, um Arbeitsfreistigkeiten möglichst zu vermeiden, die Tariflöhne sicherzustellen.

5. Zur Mitbestimmung bei der Regelung der Auftragsvergebung, soweit es sich um die in Ziffer 2 bis 4 vorgesehenen Verpflichtungen handelt, sind Vertreter der Gewerkschaften zuzuziehen.

6. Wo es auf keinem anderen Wege möglich ist, den Arbeitslosen Beschäftigung zu verschaffen, ist zu verlangen, daß allgemein, also auch für private Aufträge, die Arbeitszeit der noch voll Beschäftigten verkürzt und nach Möglichkeit Schichtwechsel eingeführt wird. Die fester Vollbeschäftigten werden zu diesem Opfer an die gänzlich Arbeitslosen bereit sein, wenn die in Ziffer 7 folgende Forderung erfüllt wird.

7. Allen Kurzarbeitern ist der bei der verkürzten Arbeitszeit entstehende Lohnausfall zu zwei Dritteln von den Arbeitgebern zu ersetzen. Das Reich und die Länder übernehmen die Hälfte der den Arbeitgebern hieraus erwachsenden Kosten auf die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge. Diese Maßnahme kann aber nur eine vorübergehende und nicht von langer Dauer sein, sondern es muß mit Hinsicht auf die Existenzmöglichkeit der Kurzarbeiter in der jetzigen teuren Zeit alles aufgewendet werden, um die Kurzarbeit baldigst wieder in Vollarbeit umzuwandeln.

8. Die Belebung des Baugewerbes durch Bereitstellung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau ist mit größerer Eile als bisher zu betreiben. Als Ziel aller Maßnahmen auf diesem Gebiete hat in erster Linie und noch vor der Bekämpfung der Wohnungsnot die Beseitigung der Arbeitslosigkeit zu gelten.

9. Für diejenigen Arbeitslosen, denen auch durch die Erfüllung vorstehender Forderungen keine Arbeit verschafft werden kann, ist eine weitgehende, den Lebensverhältnissen angemessene Erhöhung der laufenden Unterstützung zu beschließen, damit diese Arbeitslosen mit ihren Familien vor dem Verhungern geschützt werden. Zu dem gleichen Zweck ist die Schulpeisung für Kinder unbemittelter Eltern einzuführen und auszubauen.

10. Damit aus der Durchführung vorstehender Maßnahmen keine weitere Steigerung der Inflation eintritt, wird mit allem Nachdruck die sofortige Einhebung aller Besitzsteuern verlangt.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes.
T. H. Leipart.“

Die Arbeitslosigkeit in den letzten acht Jahren.

Zur Beurteilung der Arbeitslosigkeit in unserem Beruf ist es wertvoll, an der Hand von einwandfreiem Zahlenmaterial die Arbeitslosigkeit der letzten Jahre für unseren Beruf feststellen zu können. Eine interessante Uebersicht hierüber bringen wir in den nachfolgenden drei Zusammenstellungen. Es betrug danach:

a) Die Arbeitslosigkeit der männlichen Mitglieder in Prozent:

Monat	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
Januar . . .	8,4	8,9	7,5	1,9	1,0	0,6	21,8	2,5
Februar . . .	8,5	8,7	4,6	2,1	0,5	0,5	15,1	1,9
März	3,2	3,1	3,5	1,6	0,8	0,3	11,0	1,5
April	3,4	3,3	4,4	1,8	0,7	0,6	10,5	1,9
Mai	2,7	3,0	4,2	1,6	0,6	0,5	8,8	2,5
Juni	4,1	4,2	3,8	2,0	0,4	0,4	6,9	3,8
Juli	4,6	4,7	3,0	2,0	0,6	0,5	6,8	7,4
August	4,7	39,1	2,7	1,1	0,5	0,4	6,0	8,3
September	3,9	33,9	2,5	1,3	0,5	0,4	5,2	8,5
Oktober	2,8	19,6	2,2	1,3	0,5	0,3	4,2	6,3
November	2,8	11,9	1,6	1,3	0,4	0,4	2,8	6,7
Dezember	3,5	9,1	2,3	1,2	0,9	1,8	2,2	6,0
Durchschnittl.	3,7	11,7	3,5	1,8	0,6	1,6	8,5	4,7

b) Die Arbeitslosigkeit der weiblichen Mitglieder in Prozent:

Monat	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
Januar . . .	3,0	3,0	17,4	8,9	3,3	2,0	8,4	0,9
Februar . . .	2,8	3,3	13,6	9,1	3,1	1,7	6,4	0,5
März	2,2	2,9	11,9	7,5	2,6	1,8	4,8	0,5
April	2,5	2,6	14,2	7,0	3,2	1,6	3,6	0,7
Mai	3,4	2,0	14,9	7,2	2,4	1,4	2,8	1,3
Juni	2,3	2,7	15,3	7,0	1,9	1,3	2,0	2,4
Juli	2,4	2,6	15,7	7,1	2,1	1,1	1,9	4,2
August	2,8	40,6	14,4	6,4	1,9	1,0	1,6	4,9
September	2,4	34,2	13,9	5,6	2,0	1,3	1,7	4,9
Oktober	1,9	27,9	12,2	5,2	1,6	1,0	1,3	4,4
November	1,8	22,0	10,9	3,9	1,5	2,0	0,9	3,1
Dezember	2,8	17,7	8,8	3,1	1,8	4,5	1,2	2,5
Durchschnittl.	2,3	13,5	13,6	6,5	2,3	1,7	3,1	2,5

c) Im Gesamtdurchschnitt waren von unseren Mitgliedern arbeitslos in Prozent:

Monat	1913	1914	1915	1916	1917	1918	1919	1920
Januar . . .	3,2	3,4	12,8	6,3	2,5	1,6	13,0	1,4
Februar . . .	3,2	3,5	9,6	6,5	2,3	1,4	9,1	0,9
März	2,7	3,0	8,2	5,4	2,1	1,4	6,6	0,6
April	3,0	2,9	10,0	5,1	2,4	1,4	5,7	1,1
Mai	3,0	2,9	10,4	5,2	1,9	1,1	4,7	1,7
Juni	3,2	3,5	10,6	5,2	1,4	1,1	3,8	2,8
Juli	3,5	3,7	10,7	5,3	1,7	0,9	4,0	5,2
August	3,7	39,9	9,7	4,5	1,5	0,9	3,0	5,9
September	3,0	34,1	9,5	4,1	1,6	1,0	2,7	5,8
Oktober	2,3	24,0	8,4	3,9	1,3	0,8	2,2	5,0
November	2,0	17,2	7,4	3,0	1,2	2,7	1,5	3,9
Dezember	3,2	13,8	6,2	2,5	1,5	6,5	1,5	3,6
Durchschnittl.	3,0	12,7	9,5	4,9	1,9	1,7	3,8	3,2

Ein Vergleich der Tabelle der männlichen mit jener der weiblichen Arbeitslosen zeigt deutlich, daß in den letzten Jahren eine wesentliche Verschiebung der Arbeitslosenzahlen zugunsten der Männer stattgefunden hat. Während 1919 die Arbeitslosigkeit bei den Weiblichen nur 3,1 Proz. im Durchschnitt betrug, war sie bei den Männlichen 8,5 Proz. Im Jahre 1920 sank die Arbeitslosenziffer bei den Weiblichen auf 2,5 Proz., bei den Männlichen auf 4,7 Proz. Im Jahresdurchschnitt, dagegen stieg sie bei den letzteren im zweiten Halbjahr 1920 ganz erheblich über diesen Durchschnitt.

mk.

Bekanntmachung des Verbandsvorstandes.

1. Einwendung der Verbandsgelder. Infolge der erhöhten Beiträge haben alle Zahlstellen mit größeren Einnahmen als bisher zu rechnen. Wir müssen leider die Beobachtung machen, daß in sehr vielen Zahlstellen ganz außerordentlich hohe Geldbestände am Orte zurückgehalten werden. Das ist nicht zulässig, sondern es ist unbedingt erforderlich, daß alle überschüssigen Verbandsgelder sofort, spätestens aber vor Ende jedes Monats an die Verbandskasse eingefandt werden. Die örtlichen Bevollmächtigten wie insbesondere auch die Revisoren sind verpflichtet, dafür besorgt zu sein, daß größere Geldbestände nicht unbenützt am Ort zurückgehalten, sondern regelmäßig jeden Monat an die Verbandskasse abgeführt werden.

2. Die Lokalbeiträge sind in folgenden Zahlstellen neu geregelt und in der neuen Höhe von uns genehmigt worden. Sie betragen für die Folge wöchentlich in

	Männl.	Weibl.	Mittel.
Zue i. Erzgeb.	30 Pf.	20 Pf.	20 Pf.
Gießen-Wehlar	40 "	20 "	20 "
Kaufbeuren	50 "	30 "	30 "
Warburg	50 "	30 "	30 "
Beitragsklassen			
	5	2 u 3	1
Göppingen	50 Pf.	40 Pf.	30 Pf.
Greiz	50 Pf.	30 Pf.	—

3. Wahl eines Verbandsbeamten für Karlsruhe. Zum Angestellten für die Zahlstelle Karlsruhe und den umliegenden Bezirk ist ein Einvernehmen der Karlsruher Ortsverwaltung der Kollege

Karl Vogel in Karlsruhe gewählt worden. Kollege Vogel wird sein Amt voraussichtlich am 1. April antreten.

Den übrigen Bewerbern um die Karlsruher Stellung danken wir für ihre Bewerbungen, die sie durch diese Bekanntmachung als erledigt betrachten wollen. Der Verbandsvorstand.

Carilliches aus dem belezten Rheinland.

Bei der Verlängerung des Reichstariffs für das Buchbindergewerbe am 20. Januar in Berlin wurden für das besetzte und für das Industriegebiet bezirkliche oder örtliche Verhandlungen über Zulagen bis zum 31. Januar vereinbart. Am 28. Januar fanden diese in Elberfeld für das rechtsrheinische Gebiet statt. Die linksrheinischen Arbeitgeber waren der Einladung nicht gefolgt und ließen mitteilen, daß sie erst Fühlung mit den Mitgliedern ihrer Organisation nehmen müßten. Für die Städte Barmen, Elberfeld, Hagen und Dortmund wurde als Industriezulage die Differenz mit den Löhnen der nächsthöheren Ortsklasse festgelegt. Gemeinsame bezirkliche Verhandlungen für das linksrheinische Gebiet kamen durch den Widerstand der Unternehmer nicht zustande, so daß überall örtlich vorgegangen werden mußte. Die Abschlüsse bieten dadurch eine bunte Musterkarte.

In Aachen besteht ein Lokaltarif mit den Löhnen des Reichstariffs; als Befähigungszulage wurde wie bei den Buchdruckern für ledige Gehilfen 32 M., für Verheiratete 44 M. pro Woche vereinbart, für Arbeiterinnen 5 bis 30 M.

In Krefeld gilt als Befähigungszulage ein Zuschlag von 25 Proz., doch gehen die dortigen Löhne wesentlich über diese Sätze hinaus.

In Köln erhalten die Gehilfen die Buchdruckerlöhne, die Arbeiterinnen die Sätze des Hilfsarbeiter-tariffs für Anfertigerinnen, einschl. Befähigungszulagen. Die tatsächlich gezahlten Löhne gehen aber auch hier über diese Sätze größtenteils weit hinaus.

In Koblenz wurden 10 Proz. Zulagen vereinbart, außerdem werden Wirtschaftsbefähigten in namhafter Höhe gezahlt.

In Trier werden die reichstariflichen Zuschläge vom 20. Januar auf die bestehenden Löhne gezahlt, die Buchbinder in Druckereien erhalten die Löhne der Buchdrucker.

In M.-Gl. abbad wollten die Unternehmer von einer Befähigungszulage trotz der ungeheuerlichen Preise am Ort nichts wissen. Der Syndikus des Reichsverbandes verließ sich sogar dazu, eine solche Forderung als Tarifbruch zu bezeichnen. Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis. In einer gut besuchten Versammlung wurde dann der Streik beschlossen und am darauffolgenden Tag mittags 12 Uhr einmütig die Arbeit niedergelegt. Nach 1 1/2-tägigem Streik wurde die Arbeit wieder aufgenommen und ein Schiedsgericht unter Leitung eines Unparteiischen gebildet. Es wurden dann Monatszulagen in Höhe von 15-20 M. für Gehilfen, 10-30 M. für Arbeiterinnen vereinbart.

Für Bonn konnte eine Regelung der Befähigungszulage bisher nicht getroffen werden; es sind

Mahnahmen vorgegeben, um die Unternehmer zur Erfüllung der tariflichen Verpflichtungen zu zwingen. Diese können die gute alte Zeit nicht vergessen, wo die Buchbinder für 9-12 M. pro Woche arbeiteten und alles willenslos über sich ergehen ließen. Am Schlichtungsausschuß sind diese Herren sehr bekannt, mußte doch der Schlichtungsausschuß im vergangenen Jahre 2mal in Buchbinderangelegenheiten tätig sein. Auch der Demobilisierungskommissar in Köln und das Tarifamt in Berlin haben sich wiederholt mit Bonner Streitigkeiten befaßt und mußten ganz erhebliche Nachzahlungen geleistet werden. Der Verein der Bonner Buchdruckerbesitzer teilte in einem Schreiben mit, daß für Neueintretende der bestehende Lohn erhöht werden soll, entgegen dem klaren Wortlaut des Tariffs. Während im ganzen Reich Lohnerhöhungen eingetreten sind, weigern sich die Unternehmer, den Tarif zu erfüllen. Da muß die nächste Nachzahlung noch größer werden.

Die Festsetzung der Befähigungszulagen für die Buchbinder in Druckereien finden für den Kreis II in den nächsten Tagen in Köln statt.

Für die Kartonnagenarbeiterschaft wurde zu den Sätzen des Reichstariffs für das linksrheinische Gebiet einheitlich eine Befähigungszulage in Höhe von 15 Proz., für männliche über 24 Jahre von 20 Proz. festgelegt.

Carifvertrag für die Arbeiter bei den Verwaltungsbehörden des Reichs.

Nach der Umwälzung des Jahres 1918 haben auch die Reichs- und Staatsbehörden sich zu tariflicher Regelung der bei ihnen beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen bereitfinden lassen. Außer für die Arbeiter und Angestellten bei der Post und bei der Eisenbahn sind solche Tarife von den zumest beteiligten Gewerkschaften auch für die den Finanzministerien unterstellten Behörden vereinbart worden, und zwar ein solcher für die Betriebsarbeiter und ein anderer für die Arbeiter bei den Verwaltungsbehörden. Die Verbände des graphischen Gewerbes waren an diesen Tarifen bisher nicht beteiligt, weil sie glauben daran festhalten zu sollen, daß auch ihre bei den Reichs- und Staatsbehörden beschäftigten Mitglieder nach den für den Beruf abgeschlossenen Tarifen entlohnt würden.

Seit mehreren Monaten sind nun diesbezüglich Differenzen entstanden, weil die Reichs- und Staatsbehörden die Anerkennung der mit den Arbeitgebern im Beruf vereinbarten neuen Zulagen und Wirtschaftsbefähigen verweigerten und dazu übergingen, auch für die bei den Verwaltungsbehörden beschäftigten Angehörigen des graphischen Berufes ihre eigenen, das heißt die für die Reichs- und Staatsarbeiter abgeschlossenen Tarife zur Anwendung zu bringen. So sind z. B. die Buchbinder ohne unser Wissen und Wollen in den Betriebsarbeiter-tarif, und zwar in die dritte Lohnklasse eingereiht worden. Nachher geführte Verhandlungen haben ergeben, daß nach einheitlichen Grundlätzen gerechte Entlohnung aller Arbeiter bei den Verwaltungsbehörden nicht zu vermeiden ist, und das hat die Vorstände aller Verbände im graphischen Gewerbe veranlaßt, als Kontrahenten in den bereits bestehenden und zum 1. April zu erneuernden Tarif für die Verwaltungsarbeiter mit einzutreten, weil dieser uns als der vorteilhaftere für die Arbeiterschaft aus dem graphischen Gewerbe erschien. Nicht der Betriebsarbeiter-tarif mit seinen Stundenlöhnen, sondern der Tarif für die Arbeiter bei den Verwaltungsbehörden findet also für unsere in Frage kommenden Kollegen und Kolleginnen vom 1. März ab allgemeine Anwendung.

Eine entsprechende Vereinbarung ist zunächst mit den Vertretern des Reichsfinanzministeriums für die Kollegen bei den Verwaltungsbehörden des Reichs abgeschlossen worden. Für die preussischen Staatsbehörden steht eine Verhandlung hierüber in Aussicht. Wenn auch die zum Abschluß gebracht ist, kommen wir noch näher auf die ganze Angelegenheit zurück.

Die Entlohnung des Buchbinderpersonals in Innungsbetrieben

Bekanntlich hat sich der Bund deutscher Buchbinder-Innungen nicht mehr an dem Lohnabkommen vom 20. Januar beteiligt. Die Gründe sind verschiedenartig, nicht zuletzt ist die echt „bajuwarische“ Naivität daran schuld. Unseren Kollegen bleibt nun nichts anderes übrig, als sich örtlich zu helfen. Am 22. Februar fanden an den Schlichtungsausschüssen in Darmstadt und Frankfurt a. M. Verhandlungen statt, die beide zum Ausdruck brachten, daß die Reichstariflöhne zu zahlen seien.

Der Frankfurter Schlichtungsausschuß gab dem Spruch folgende Begründung: „Die besagten Innungsmitglieder sind verpflichtet, ihre Arbeitnehmer ortsüblich zu entlohnen, als ortsübliche Entlohnung gelten die Sätze des

Reichstarifvertrags für das deutsche Buchbindergewerbe und verwandte Berufszweige nebst dessen Nachträgen. Die in dem Nachtrag festgelegten Sätze stellen aber außerdem das Existenzminimum dar, das den Arbeitnehmern bei den heutigen erschwerteren Lebensverhältnissen unter allen Umständen gewährt werden muß. Wollte man das Gegenteil bestimmen, so würde dies eine Befolgung der bei der Buchbinder-Innung organisierten Arbeitgeber und eine Benachteiligung der bei diesen beschäftigten Arbeitnehmer bedeuten und weiter eine Benachteiligung der bei den übrigen Buchbinderverbänden, die den Nachtrag unterzeichnet haben, beschäftigten Arbeitnehmer. Unlauterer Konkurrenz wäre damit Tor und Tür geöffnet. Also auch zur Ausschaltung dieser muß darauf gesehen werden, daß allgemein ortsübliche Entlohnung Platz greift.“

Trotz dieser Schiedsprüche haben aber beide Innungen ebenfalls abgesehen. Die durchaus zutreffende Begründung des Frankfurter Schlichtungsausschusses wurde außer acht gelassen. Dabei ist Tatsache, daß die Innungsmeister selbst bei tariflicher Befähigung, z. B. bei Arbeiten für Druckereien, häufig so fürchtbar niedrig kalkulieren, daß man sich fragt, sind diese „Meister“ überhaupt in die Schule gegangen. Und diese Unfähigkeit soll die Arbeiterschaft begreifen.

Infolge der Ablehnung wurde am 10. März in Darmstadt, am 11. März in Frankfurt vor dem Demobilisierungskommissar verhandelt mit dem Resultat, daß die Reichstariflöhne in voller Höhe ab 1. März zu zahlen sind.

An den Kollegen in allen Orten liegt es, recht schnell auch die Innungsmeister zu zwingen, die tariflichen Löhne zu zahlen, denn wird auch die Leitung des Innungsbundes sich für die Folge wieder an den Lohnabkommen beteiligen. hm.

Berichte.

Chemnitz. Am 10. März tagte hier in Zweinigers keinem Saal eine öffentliche Versammlung der Kartonnagen- und Etuisbranche. Kollege Miering als Vorsitzender eröffnete dieselbe mit anerkenntlichen Worten für die am Anfang dieser Woche nach kurzer schwerer Krankheit verstorbenen Kollegin und Vertrauensperson Anna Appelt. Zum Zeichen der Teilnahme erhoben sich die Anwesenden von ihren Plätzen. Zum 1. Punkt erhielt Kollege Pfüge das Wort und gab Bericht über die Verhandlungen zum Reichstarif in Eisenach. In seinen Ausführungen zog er verschiedene Vergleiche zwischen bestehenden und kommenden Bestimmungen im Tarif. Schlussfolgerung: Verschiedene Verbesserungen teils wesentlicher, teils minimaler Natur. Als Hauptursache ist hervorzuheben, daß Chemnitz in die 2. Ortsklasse, ebenso verschiedene Orte im Gau in die nächsthöhere Klasse gerückt sind. Wenn dies auch nicht den Erwartungen entspricht, so ist es doch als ein Fortschritt zu bezeichnen. Eine rege Aussprache fand im Sinne des Referats statt. Im weiteren machte der Vorsitzende auf die kommenden Betriebsrätemahlen aufmerksam und gab der Kollegenschaft einige beachtenswerte Hinweise. Kollege Schwabe gab bekannt, daß in verschiedenen Kartonnagenfabriken Arbeitsordnungen zur Einführung gebracht werden, welche den Bestimmungen der Gewerbeordnung bzw. dem Betriebsrätegesetz zuwiderlaufen. Diese sollen von unseren Leuten nicht anerkannt bzw. unterschrieben werden. Im Bureau sind Beschwerden eingelaufen über einen hiesigen Kartonfabrikanten, welcher seine Lehrlinge oder jugendlichen Arbeiterinnen in roher Weise mit Stockschlägen und Fuhrstrichen mißhandelt. Die Versammlung gab ihrer Entrüstung über solches Benehmen Ausdruck und verlangte, daß gegen diesen „schlagfertigen“ Unternehmer mit allen Mitteln vorgegangen wird. Man sollte in der jetzigen Zeit kaum glauben, daß solche Handlungsweise noch möglich sei. Über die Gesetzmäßigkeit der Kolleginnen und Kollegen läßt hier noch viel zu wünschen übrig.

Hagen i. W. In einer recht zahlreich besuchten Mitgliederversammlung am 5. März machten sich hier in Hagen die ersten Anzeichen der kommunistischen „Reinzelnen“ nach Moskauer Diktat bemerkbar und war es der Kollege Blumberg, der es versuchte, diese Reinzellen hineinzutragen. Vorsichtig und tastend, die wahre Absicht seines Vortrages nach Möglichkeit verschleiend und möglichst die Zuhörer über den Endzweck im unklaren lassend, kamen aus seinem Mund alle die Anklagen zum Vorschein, welche seiner Ansicht nach genügen mußten, die Gewerkschaften dem kommunistischen Fabrikwasser zuzuführen. Das Referat hatte Kollege Queleite übernommen. Es gelang ihm, dadurch, daß er in großen Zügen die Gewerkschaftsbewegung schilderte und hinlänglich bewies, welcher große Machtfaktor dieselbe für die Arbeiterschaft geworden und sie zu einer Einheitsfront des Proletariats gefammelt hat, die übergroße Mehrheit

der Anwesenden zu überzeugen, daß eine Zerföhrung dieser Einheitsfront ein Verbrechen an der Arbeiterschaft wäre. Im gleichen Sinne und auf die Punkte der Stuttgarter „Kommunisten-Fraktion“ des Metallarbeiterverbandes näher eingehend, sprachen noch die Kollegen Schmitt und Urban. Es war nicht schwer, die Mitglieder von der Haltlosigkeit dieser Forderungen zu iberzeugen. Kollege Blumberg verfuhrte noch in seinem Schlußwort die Angriffe zu verteidigen, doch gelang es ihm nicht, die Mitglieder für seine Ideen zu erwärmen. Seine Ausführungen nahmen daher auch am Schluß einen mehr versöhnlichen Charakter an, indem er versicherte, nicht die Gewerkschaften zu zerplittern, sondern nur zu reformieren und in der Hauptsache die Führer zu beiseitigen, welche seiner Ansicht nach sich nicht mehr um die Interessen der Arbeiterschaft bekümmerten. Bei der Abstimmung iber zwei im Sinne ihres Vortrages eingebrachten Resolutionen von Blumberg und Quefeseit kam die Resolution Quefeseit mit großer Majorität zur Annahme. Für die Resolution Blumberg stimmten zwei Mitglieder. Die angenommene Resolution lautet:

Die heutige Mitgliederversammlung der Zahlstelle Sagen i. W. weist die Ansicht angsverhnde der kommunistischen Partei mit geschlossener Einigkeit zurück. Sie sieht in der Gewerkschaftsbewegung einen Machtfaktor für ihre wirtschaftlichen Kämpfe und erkennt die eminenten Leistungen, welche die Gewerkschaftsbewegung zur Verbündung der Arbeiterklasse gemacht hat, voll und ganz an. In der Weiterentwicklung ihrer Tätigkeit erblickt sie nur einzig und allein den entscheidenden Sieg ihrer Klasse, gegen alle Eingriffe von den Gefhnden der Vermunft, gegen alle Eingriffe von den Gefhnden der Einheitsfront des Proletariats gefährden wollen.

München. Am 3. März fand die Jahresgeneralversammlung der Zahlstelle statt. Vor gut besuchter Versammlung gab Mller den Kassenbericht. Im Tätigkeitsbericht schilderte sodann Faust den Gang der Ereignisse in unserer Gewerkschaft im verflossenen Jahre. Trotz fortgesetzter Lohnbewegungen, zum Teil auch Streiks, blieb die Lebenshaltung unserer Arbeiterschaft bedeutend hinter dem Notwendigsten zurück. Bereits lassen die Unternehmer durchblicken, daß in nächster Zeit mit Lohnabbau beannonen werden soll. Unter allgemeiner Zustimmung führte der Vorsitzende aus, daß sich die Arbeiterschaft nicht so leicht beugen wird. Vorsitzende sind für das nächste Geschäftsjahr die Kollegen Faust und Eichhorn, nachdem der frühere Vorsitzende Schanung wegen Arbeitsüberlastung eine Wiederwahl unter allen Umständen ablehnte, was allgemein bedauert wurde. Weitere Mitglieder der Ortsverwaltung sind: Schriftführer Kinde und Kndelmeyer, Kassierer: Mller, Beisitzer: Brugger, Brandhuber, Wimmer, Frau Hübner, Hutter, Wild. Delegierte zum Gewerkschaftskongreß: Schanung und Wild. Die zwei weiteren Delegierten zum Gewerkschaftskongreß bestimmt laut Statut der Ausschuf aus seiner Mitte. Als Revisoren wurden gewählt: Bergmann, Wandlinger und Korb. Ein Antrag, der verlangt, daß Mitglieder, die infolge ihrer Tätigkeit für den Verband gemhregelt werden, aus lokalen Mitteln die gleiche Unterstützung erhalten wie die statutarische, wurde allsgemein beartigt und einstimmig angenommen. Mehrere Kollegen forderten in kräftigen Worten die Mitgliedschaft auf, treu zur Organisation zu halten und sich mit allen Mitteln

gegen die zerstörenden Tendenzen in den Gewerkschaften zu wenden.

Oedt (Rhld.). Am 6. März fand hier eine gemeinsame Versammlung der Mitglieder aus den Orten Oedt, Lobberich, Süchteln, Grefrath und Kempen statt. Fast sämtliche Kollegen waren erschienen. Gauleiter Dreger referierte iber die Aufgaben der Gewerkschaften in neuer Zeit und schilderte anschließend den Verlauf der Verhandlungen iber den Reichstaxifr die Kartonnagenbranche. Lehmann-Krefeld forderte zu reger Agitation und engem Zusammenschluß auf. Die Debatte, an der sich besonders die Kollegen Linzen-Oedt, Hohnroth und Meewers-Lobberich und Keffels-Süchteln beteiligten, gestaltete sich recht lebhaft und wurde manche Anregung gegeben, die Zustände in den Betrieben zu verbessern. Nach Erledigung organisatorischer Fragen wurde beschloffen, derartige Zusammenkünfte öfter zu veranstalten und soll die nächste in Lobberich sein.

Literarisches.

Stein: „Agrarfrage und Sozialismus“. Verlag „Freiheit“, Berlin C. 2, Breite Str. 8/9. Preis 2,50 M. Das steigende Interesse für die Agrarfrage, das sich in den Kreisen der gewerkschaftlich und politisch organisierten Arbeiterschaft bemerkbar macht, hat schon längst die Herausgabe einer solchen Schrift notwendig gemacht. In der vorliegenden Schrift wird im Rahmen der revolutionären Umwzung in Deutschland der Gegensatz zwischen Land und Stadt, die Differenzierung der einzelnen Schichten auf dem flachen Lande und die Haltung der einzelnen Parteien zur Agrarfrage geschildert. Die mit reichhaltigem Tatsachenmaterial versehene Schrift wird nicht nur den in der Landagitation Tätigen von Nutzen sein, sie wird auch breiten Kreisen der Arbeiterschaft Aufschluß geben iber die komplizierten Fragen der Agrarpolitik und den Zusammenhang der sozialistischen Arbeit auf dem flachen Lande mit der gesamten Bewegung des internationalen Proletariats.

Der Aufstieg. Von Fr. Klbs. Führer durch die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Verlag Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68. Preis 7,50 M. Das Buch will eine kurzgefaßte Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung geben. Wer sich iber die Geschichte der großen Bewegung unterrichten will, ohne daß er Zeit und Mue findet, sich in größere Werke zu vertiefen, dem bietet der „Aufstieg“ einen zuverlässigen Führer.

„Arbeiter-Jugend.“ Das Heft 1 des 13. Jahrgangs ist soeben im neuen Gewande als „Monatschrift des Verbandes der Arbeiterjugendvereine“ erschienen. Vorwärts-Verlag, Berlin. Preis 1 M.

Nachbestellungen

auf die durch uns zum Versand kommenden Zeitungen: „Buchbinder-Zeitung“, „Korrespondenzblatt“, Gewerkschaftliche Frauenzeitung“ und „Betriebsräte-Zeitung“ vom Jahrgang 1920 können nicht mehr berücksichtigt werden, da die meisten Nummern nunmehr vergriffen sind.

Adressenänderungen.

B.: Bevollmächtigter. K.: Kassierer.

- Danzig. B.: A. Geraght, Langgarter Hintergasse 3. K.: A. Materne, Kffwegasse 6.
- Flensburg. B.: E. Petersen, St. Jürgenstraße 17 pt. K.: B. Licht, Mittelstr. 1 a.
- Freiburg i. Br. B.: G. Burthardt, Schlffelstraße B 5 d. K.: K. Reffler, Schuffstr. 22 IV.
- Hagen i. W. B. u. K.: Fr. Winne, Rrnerstraße 17 a.
- Kirchheim-Teck. B.: A. Behler, Lindorfer Str. 4. K.: Ch. Bchtle, Marienstr. 3.
- Schmalzalen. B.: U. Gth, Bolkerstal 13 a. K.: D. Bed, Weidebrunnentor 30.
- Wiesbaden. B.: G. Kraft, Rüdesheimer Str. 18. K.: J. Waiblinger, Wellrigstr. 37, 11. Bdh.

Anzeigen

Größere Sbdeutsche Kartonnagenfabrik sucht zum baldigen Eintritt einen durchaus vers. **Mustermacher** für bessere und feine Kartonnagen. Gest. Angebote unter Angabe der bisherigen Tätigkeit und Beifügung von Zeugnisabschriften, Lichtbild, sowie Mitteilung der Gebaltsansprchen unter „123“ an die Expedition dieser Zeitung.

Anzeigen

Bestere Buchbinder unverd., sucht selbst. Stellung f. Drucker od. wo and. **A. Kngl.** Buchb., Lübeck, Georgstr. 34, 111. **finden nur Aufnahme, wenn der Betrag vorher eingeliefert ist.**

Wir geben sofort ab in Kisten zu 20-25 kg

la. Kölner Leim

(Ledorleim in Gallortform ca. 40% Trocken-Sustanz)

1 kg 8 Mark

einschl. Verpackung, bahnr. Heilbronn.

Lwenwerke A.-G.

Heilbronn a. N.

Junger, unverheirateter

Buchbinder

für Werkbcherei im Landkreise Bochum gesucht. Angebote unter Nr. „143“ an die Expedition dieser Zeitung erbeten.

la graue Buchbinder-Pappen

in allen Stärken, liefert preiswert

Heinrich Doll Awe., München

Eurghraße 11, Fernruf 25007.

la reine Ederleimgallerte

ca. 50 Pros. Trockegehalt.

völlig geruchlos, liefert äußerst preiswert Chem. Fabrik Otto Schulz, Brandis, Bez. Leipzig.



Zeilschuldverschreibungen

der Groeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg
Jederzeit erhältlich in Stcken zu 500, 1000, 5000 und 10000 Mark

Verzinsung im Jahr

5 1/2 %

Gedruckte Bedingungen sind in allen Konsumvereinen zu haben oder abzufordern bei der
Groeinkaufs-Gesellschaft Deutscher Consumvereine m. b. H., Hamburg 1, Besenbinderhof 52